



BBU-Pressemitteilung
08.12.2015

Bundesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz e.V.
Prinz-Albert-Str. 55
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 214032
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de
www.bbu-online.de
www.facebook.com/bbu72

BBU: Fracking in der Nordsee verhindern! – Jetzt das GORM-Projekt stoppen!

(Bonn, Kiel, 08.12.2015) Scharfe Kritik an den Plänen der Firma Maersk Oil, in der dänischen Nordsee im Grenzgebiet zum deutschen Entenschnabel mit neuen Bohrungen Öl und Gas zu fördern, hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz geäußert. Im Rahmen des GORM-Projekts will die Firma dabei die umweltzerstörende Fördermethode Fracking anwenden. Während Fracking bereits an Land unverantwortbar ist, wären die Folgen eines Offshore-Frackings noch weniger beherrschbar. Zu diesem Vorhaben wurden eine Umweltverträglichkeitsuntersuchung und Unterlagen ausgelegt, zu der die Öffentlichkeit Einwendungen abgeben kann. Die Einwendungen müssen bis zum 23.12.2015 beim dänischen Umweltministerium eingegangen sein. Der BBU hat daher einen Sammeleinspruch verfasst, um dem dänischen Umweltministerium und der Firma Maersk Oil die Ablehnung der Bevölkerung deutlich zu machen. Der Sammeleinspruch kann von der BBU-Homepage heruntergeladen werden.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Das Vorhaben kombiniert die Gefahren des Frackings an Land mit den klassischen Gefahren der Öl- und Gasgewinnung im Meer. Durch die eingesetzten Frackflüssigkeiten, deren Zusammensetzungen nicht veröffentlicht wurden, kann es zu Wasserkontaminationen kommen. Das Aufbrechen des Untergrundgesteins und das Wiederverpressen des Flowbacks kann Erdbeben hervorrufen. Und durch Leckagen kann in erheblichen Maß das klimaschädliche Methan entweichen. Während der Sondierungs-, Förder- und Außerbetriebnahmeaktivitäten kann es außerdem zu schweren Unfällen kommen. Dazu gehören Öl- und Chemikalienfreisetzungen aufgrund einer Schiffskollision oder von Pipelineleckagen. Größere Gasfreisetzungen können aufgrund eines Blowouts erfolgen. Eine mögliche größere Ölpest hätte erhebliche negative grenzüberschreitende Auswirkungen auf das empfindliche marine Ökosystem. Angesichts dieser möglichen Folgen ist das

Vorhaben nicht verantwortbar. Die Investitionen sollten stattdessen für die forcierte Nutzung regenerativer Energien verwendet werden.“

Der BBU hat als Reaktion auf die Pläne von Maersk Oil einen Sammeleinspruch verfasst, der auf der BBU-Homepage veröffentlicht ist und unter

<http://www.bbu-online.de/Einwendungen/Einwendungen.htm>

heruntergeladen werden kann.

Direktlink: <http://www.bbu-online.de/Einwendungen/Sammeleinspruch%20GORM-Projekt%20Dez%20%202015.pdf>

Der BBU ruft die Bevölkerung auf, durch zahlreiche Unterschriften Widerstand gegen das Projekt zu leisten und dadurch dazu beizutragen, es zu verhindern. Die Unterschriftenlisten können dabei bis zum 15.12.2015 an den BBU geschickt werden, der diese dann gesammelt an das dänische Umweltministerium weiterleitet. Außerdem besteht die Möglichkeit, die Einwendungen direkt an das dänische Umweltministerium zu übermitteln. Sie müssen dort bis zum 23.12.2015 vorliegen.

Engagement unterstützen

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter www.bbu-online.de; telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet www.facebook.com/BBU72. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO2-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen.